

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Diether Dehm, Andrej Hunko, Thomas Nord, Alexander Ulrich, Wolfgang Gehrcke und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin

zu den Ergebnissen des Europäischen Rates am 8./9. Dezember 2011 in Brüssel

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Erklärung der Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebiets setzt – ganz im Sinne der von Dr. Angela Merkel und Nicolas Sarkozy in ihrem Brief an den Präsidenten des Europäischen Rates, Herman van Rompuy, formulierten Leitlinien – nicht an den Ursachen der Eurokrise an, sondern gehen fälschlicherweise davon aus, dass es sich bei der Eurokrise um eine Staatsschuldenkrise handelt. Dies wird die Krise weiter verschärfen: Die massive Umverteilung von unten nach oben geht weiter. Es droht ein Jahrzehnt der Rezession: Die Leistungsbilanzungleichgewichte bleiben unangetastet; die Verursacher und Profiteure der Krise werden nicht zur Krisenfinanzierung herangezogen, statt dessen wird die Staatsfinanzierung weiter den Finanzjongleuren überlassen; die Finanzmärkte werden nicht reguliert und das europäische Steuer-, Lohn- und Sozialdumping weiter angeheizt.
2. Mit dem geplanten fiskalpolitischen Pakt soll die europaweite neoliberale Kürzungs- und Austeritätspolitik weiter radikalisiert, in einem völkerrechtlichen Vertrag festgeschrieben und damit unumkehrbar gemacht werden. Die Verpflichtung aller Mitgliedstaaten, eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild in ihren jeweiligen Verfassungen einzuführen, die weitere Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie die Durchgriffsrechte der Kommission auf die nationalen Haushalte und die Klagemöglichkeiten vor dem Europäischen Gerichtshof zielen auf einen massiven Sozialabbau in der gesamten EU und drohen die wirtschaftliche Rezession weiter zu vertiefen.
3. Die angestrebte „Stabilitätsunion“ ist jedoch nicht nur sozial- und wirtschaftspolitisch fatal, sie ist auch ein massiver Anschlag auf die Demokratie in allen beteiligten Staaten, da das demokratische Haushaltsrecht der nationalen Parlamente ausgehebelt wird. Das kommt einem versuchten Staatsstreich gleich. Die demokratische Budgethoheit soll es künftig in den Staaten der „Stabilitätsunion“ nur noch geben, wenn ein Land sich den weiter verschärfen Regeln der Währungsunion unterwirft, so die deutsche Bundeskanzlerin in ihrer Pressekonferenz nach dem Gipfel. Das Europäische Parlament wird im Rahmen der neuen Regeln völlig marginalisiert.

4. Das Herausbrechen wesentlicher Bereiche aus dem Recht des „Staatenverbunds“ Europäische Union und ihre Überführung in einen außerhalb des EU-Rechts zu etablierenden „neuen fiskalpolitischen Pakt“ stellt einen bisher einmaligen Schritt europäischer Desintegration dar. Sie bedeutet zugleich einen eklatanten Verstoß gegen das geltende EU-Recht, weil es zentrale Organe der Europäischen Union einer anderen Rechtsordnung als der der EU-Verträge unterwerfen will. Damit wird die demokratische Legitimation dieser Organe und die Rechtsstaatlichkeit der EU insgesamt in Frage gestellt. Es ist zu erwarten, dass aus diesen Gründen der Europäische Gerichtshof erfolgreich angerufen wird.
5. Die geplante „Stabilitätsunion“ verstößt auch gegen den durch Artikel 79 Absatz 3 des Grundgesetzes geschützten unabänderlichen Kernbereich parlamentarischer Demokratie: Die Regelungen über die Schuldenbremse sind zwar mit verfassungsändernder Mehrheit in das Grundgesetz eingefügt worden. Durch den geplanten völkerrechtlichen Pakt sollen sie aber einer Aufhebung oder Änderung durch den deutschen Verfassungsgesetzgeber auf Dauer entzogen werden. Ein solcher Verstoß würde von dem dagegen angerufenen Bundesverfassungsgericht nach Maßgabe seiner Ausführungen im Lissabon-Urteil vom Juni 2009 aufgehoben werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. keine Initiativen zur Erarbeitung des „fiskalpolitischen Paktes“ zu ergreifen und im Rahmen der EU und der Eurozone einen solchen Pakt zukünftig abzulehnen;
2. sich statt dessen in der EU dafür einzusetzen, die tatsächlichen Ursachen der Krise anzugehen, und selbst dazu eigene Beiträge zu leisten: Die Verursacher und Profiteure der Krise müssen durch eine EU-weite Vermögensabgabe zur Krisenfinanzierung herangezogen werden, die Privatbanken vergesellschaftet werden, ein geordnetes Insolvenzverfahren für überschuldete Staaten eingeführt werden, die Finanzmärkte streng reguliert und durch eine Finanztransaktionssteuer entschleunigt werden; die Staatskredite durch die Schaffung einer Bank für öffentliche Anleihen vom Diktat der Finanzmärkte befreit werden und es müssen wirksame Maßnahmen zur Verhinderung der Leistungsbilanzungleichgewichte getroffen werden;
3. sich dementsprechend für eine grundlegende Revision der EU-Verträge einzusetzen, um auf diesem Wege einen Neustart für ein demokratisches, soziales und friedliches Europa zu ermöglichen. Zu diesem Zweck soll ein Konvent einberufen werden, der die Zusammensetzung sowohl des Europäischen Parlaments als auch der nationalen Parlamente angemessen widerspiegelt. Über das Ergebnis des Konvents soll die Bevölkerung in einem Referendum entscheiden.

Berlin, den 13. Dezember 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion